

# Frauen gehen in die Offensive

Nationalrat Kommission will die «angemessene Vertretung» der Frauen im Bundesrat nicht in die Verfassung schreiben. Alliance F kämpft weiter – mit neuen Formen und Mitteln



Mit Sport-Trikots für mehr Bundesrätinnen: Den Kampf für die Quote führen keineswegs nur Frauen.  
ALEKSANDRA ZDRAVKOVIC

VON DORIS KLECK

Man braucht kein Elefantengedächtnis, um alle bisherigen und aktuellen Bundesrätinnen aufzuzählen. Die Liste ist kurz: Elisabeth Kopp, Ruth Dreifuss, Ruth Metzler, Micheline Calmy-Rey, Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf und Simonetta Sommaruga. Fast gleich lang ist die Liste von dramatischen Frauen-Nichtwahlen, die sich ins nationale Gedächtnis eingepägt haben: Lillian Uchtenhagen, Christiane Brunner, Karin Keller-Sutter oder die Abwahl von Ruth Metzler – um nur einige zu nennen. Seit der Gründung des Bundesstaates regier(ten) 7 Frauen und 110 Männer das Land.

## Kein staatspolitisches Kriterium

Die grüne Nationalrätin Maya Graf (BL) möchte dies mit einer parlamentarischen Initiative ändern. will in der Verfassung festschreiben, dass die Geschlechter im Bundesrat angemessen vertreten sein müssen. Genauso wie die Landesregionen und die Sprachregionen. Die Co-Präsidentin der Frauenorganisation Alliance F nimmt dabei Bezug auf die Tagsatzung von 1848. Darin schrieben die Verfassungsväter, dass bei der Besetzung des Bundesrates der «Verschiedenheit» des Landes Rechnung getragen werden sollte. Fixe Anrechte seien ein bewährtes und traditionsreiches Mittel der Repräsentation der Willensnation Schweiz. Kathrin Bertschy, Berner GLP-Nationalrätin und zweite Co-Präsidentin von Alliance F, sagt es so: «Wir wachsen in diesem Land mit Regionen- und Sprachenquoten auf, ohne sie zu hinterfragen. Heute gibt es Faktoren wie eben das Geschlecht, die mindestens so

7

Frauen wurden seit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 in den Bundesrat gewählt. In der gleichen Zeit schafften 35 Männer die Wahl in die Landesregierung – seit der Gründung des Bundesstaates waren es 110. 2010 übernahmen die Frauen erstmals die Mehrheit im Bundesrat (Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf, Micheline Calmy-Rey und Simonetta Sommaruga). Die Dominanz dauerte rund ein Jahr bis zum Rücktritt von Calmy-Rey.

wichtig sind.» Der Bundesrat sei nicht repräsentativ, doch niemand hinterfrage dies.

In dieses Bild passt, dass die Staatspolitische Kommission des Nationalrates gestern die Initiative von Maya Graf deutlich abgelehnt hat. Auch die Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel votierte dagegen. Es würde nur eine neue Konkurrenzsituation zwischen den verschiedenen Kriterien geschaffen, die ohne Wirkung bliebe, ist Humbel überzeugt. Der neue Verfassungsartikel hätte weder die Niederlage von Isabelle Moret gegen Ignazio Cassis noch von Karin Keller-Sutter gegen Johann Schneider-Ammann verhindert: «Auch mit dem neuen Verfassungsartikel bliebe die Wahlfreiheit bei der Bundesversammlung», sagt Humbel. Er wäre lediglich eine Absichtserklärung. Entscheidend bleibe die Auswahl an Kandidaten, welche die Parteien der Bundesversammlung vorschlagen. Auch wegen eigener Erfahrungen ist Humbel überzeugt, dass bei vielen Wahlen die politische Haltung der Kandidaten wichtiger sei als das Geschlecht. «Im Gegensatz zur Landesregion und zur Sprache handelt es sich zudem beim Geschlecht nicht um einen staatspolitischen Faktor, der das Land zusammenhält.»

## Im Kampagnenmodus

Trotz der Niederlage seit das Geschäft nicht erledigt, sagt Kathrin Bertschy. Man stehe erst am Anfang eines Prozesses. Denn auch der Nationalrat muss sich noch zur Initiative äussern. Und im Ständerat ist ein fast gleich lautender Vorstoss von Raphael Comte hängig – dem Neuenburger FDP-Ständerat. Mit anderen Worten: Alliance F bieten

sich weitere Gelegenheiten, um die Frauenfrage im Bundesrat zu thematisieren.

Und das wird die Frauenorganisation auch tun. Einst war sie fast pleite, und eine Nachfolgerin für die langjährige Präsidentin Rosmarie Zapfl 2014 liess sich nur schwer finden. Heute – unter den beiden Co-Präsidentinnen Graf und Bertschy – findet ein Generationenwechsel statt. Dieser zeigt sich auch darin, dass Alliance F in den Kampagnenmodus gewechselt und die sozialen Medien entdeckt hat.

Bereits nach der Wahl von Ignazio Cassis oder eben der Nichtwahl von Isabell Moret im letzten September startete Alliance F die Aktion «Bundesrätinnen gehen in die Offensive». Ihre Botschaft: Gemischte Teams funktionieren besser. Dazu wurden Fussballtrikots kreiert: Als Logo streckt eine Frau ihre Faust in die Höhe. Eine Heldin: selbstbewusst und optimistisch. Die T-Shirts gab es gestern auf dem Bundesplatz zu kaufen. Gegen hundert Frauen und ein paar Männer erschienen zum Fototermin, darunter auch zahlreiche Nationalräte. Vornehmlich aus dem Links-Grünen-Lager, aber auch aus der GLP, BDP und CVP. Viola Amherd, CVP-Nationalrätin aus dem Wallis, sagt: «Wir müssen vorwärtskommen. Ohne Quoten geht es zu langsam.»

Gestern blieb die Aktion noch ohne konkreten Erfolg. Den Druck wird Allianc F aber hochhalten. Die neue Devise der Frauenorganisation lautet: «Druck durch Sichtbarkeit». Das gilt auch für die anstehenden parlamentarischen Debatten zur Lohngleichheit und Frauenvertretung in Unternehmen. Graf, Bertschy und Co. werden im Bundeshaus Präsenz markieren.

## Steuervorlage 17

### Bundesrat verfolgt sportlichen Zeitplan

Der Bundesrat legt bei der Steuervorlage 17 einen ambitionierten Zeitplan vor. Schon im Sommer soll das Parlament über die Neuaufgabe der Unternehmenssteuerreform III beraten. Dabei ist das Geschäft hoch umstritten.

In der Vernehmlassung habe sich gezeigt, dass die Vorlage politisch anspruchsvoll bleibe, teilt das Finanzdepartement (EFD) mit. Für eine tragfähige Mehrheit brauche es eine hohe Kompromissbereitschaft aller Beteiligten. Finanzminister Ueli Maurer hatte den Bundesrat am Mittwoch über die Vernehmlassung informiert. Die Ergebnisse sind zwar noch geheim. Eine Zusammenstellung der Nachrichtenagentur SDA zeigt aber, dass die Vorstellungen weit auseinandergehen.

Die Linke etwa erwartet eine höhere Dividendenbesteuerung als vom Bundesrat vorgeschlagen. Auch die Erhöhung der Familienzulagen soll substantieller ausfallen. Die Kantone möchten einen grösseren Anteil an der direkten Bundessteuer und die Möglichkeit, eine zinsbereinigte Gewinnsteuer einzuführen. Dieser Zinsabzug hatte zum Scheitern der Unternehmenssteuerreform III beigetragen. Die SVP wiederum möchte die direkte Bundessteuer senken.

Weitgehende Einigkeit herrscht darüber, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Auch der internationale Druck auf die Schweiz hat sich erhöht, nachdem die EU die Schweiz wegen ihrer Steuerpraxis auf eine graue Liste gesetzt hat. Nach dem Zeitplan des EFD soll der Bundesrat dem Parlament die neue Vorlage bereits im Frühjahr vorlegen. Ab Sommer sollen dann die Räte beraten. Wird kein Referendum ergriffen, könnten erste Massnahmen der Steuervorlage 17 2019 und der Hauptteil ab 2020 in Kraft treten. (SDA)

## Verdingkinder

### Darum verzichten sie auf Bundesgeld

Viele Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen verzichten auf den Solidaritätsbeitrag, der ihnen zustehen würde. Die zuständige Kommission hat nun die Gründe untersuchen lassen. Dazu gehört ein Misstrauen gegenüber Behörden. Oder es fehlen emotionale oder gesundheitliche Ressourcen, um das Gesuch zu stellen. Noch bis März können Verdingkinder die 25 000 Franken beantragen. Bisher gingen erst 4525 Gesuche ein. (SDA)

NACHRICHTEN

## VERGLEICH

### Rechtsstreit beigelegt

Badens ehemaliger Stadtammann, Geri Müller, und die AZ Medien haben ihren Rechtsstreit beigelegt. Ein Bericht der «Schweiz am Sonntag» hatte die «Nackt-Selfie»-Affäre losgetreten. Nach Publikmachen des Berichts im August 2014 sei «ein Medienwirbel entstanden, dessen (nationales) Ausmass und dessen Dauer so nicht vorhersehbar waren», heisst es in einem gemeinsamen Statement. Zu allen weiteren Punkten sei Stillschweigen vereinbart worden. Die AZ Medien und Chefredaktor Patrik Müller hätten gegenüber Geri Müller «ihr Bedauern über die Unannehmlichkeiten ausgedrückt, die er dadurch erlebt hat». (SDA)

## NATIONALRATSKOMMISSION

### Kein Geld für Jungparteien

Die staatspolitische Kommission des Nationalrats will Jugendorganisationen mit politischen Zielsetzungen die Unterstützung entziehen. Sie hält mit 13 zu 12 Stimmen an einer parlamentarischen Initiative mit diesem Ziel fest. Die Schweiz kenne keine Parteienfinanzierung. Die Ständeratskommission hatte sich deutlich dagegen ausgesprochen. (SDA)

# Für ein paar Minuten mit Trump

WEF Aussenpolitiker sind überzeugt, dass Bundespräsident Alain Berset den US-Präsidenten in Davos treffen wird. Was aber versprechen sie sich davon?

VON JONAS SCHMID

Zehn Minuten. So lange dauerte das Gespräch zwischen dem damaligen Bundespräsidenten Johann Schneider-Ammann und US-Präsident Donald Trump vor gut einem Jahr. Nun also kommt der mächtigste Mann der Welt in die Schweiz. Seit die Sprecherin des Weissen Hauses am Dienstag verkündete, dass der US-Präsident ans Weltwirtschaftsforum nach Davos kommt, sind die Medien geradezu elektrisiert. Bundespräsident Alain Berset werde den US-Präsidenten treffen, jubeln die Kommentatoren. Welcome, Mr. Präsident. Alle hoffen darauf, dass auch auf sie etwas von Trumps Glamour abfärbt.

## Die Kanäle laufen heiss

Doch wird Donald Trump Alain Berset überhaupt treffen? Und, wenn ja, geht die Begegnung über den Austausch von Nettigkeiten hinaus? Von offizieller Seite hält man

sich bedeckt. «Die Kanäle zwischen den beiden Ländern laufen heiss», sagt Bundesratssprecher André Simonazzi. Der Bundesrat werde aber erst «nächste Woche» kommunizieren.

Die ehemalige Aussenministerin Micheline Calmy-Rey spricht von einer «einmaligen Chance» für den Bundesrat. Der US-Präsident werde die Schweiz sonst kaum je besuchen. Obschon Trumps Visite rein privater Natur sei (siehe Box), sei ein Treffen mit dem Bundespräsidenten realistisch. Das Protokoll verlange, dass der Gast dem Gastgeber einen Besuch abstatte, so die SP-Frau. Nur ist Trump eben Trump und als solcher nicht gerade bekannt dafür, dass er sich strikte ans Protokoll hält. Dennoch wäre SP-Aussenpolitiker Tim Guldemann «erstaunt», wenn Trump einer Begegnung aus dem Weg gehen würde: «Es kommt sehr wahrscheinlich zu keinem offiziellen Treffen, bei dem sich beide Seiten intensiv über inhaltliche Dossiers beugen werden», sagt er. «Doch allein der Austausch von Freundlichkeiten ist für uns nützlich.» Es reiche, wenn der Bundespräsident «die paar Minuten» mit Trump sprechen könne.

Anderer Meinung ist die Basler CVP-Nationalrätin und Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission, Elisabeth Schneider-

## DER BESUCH

### Welches Protokoll?

Das Protokoll unterscheidet sechs Arten von Besuchen ausländischer Würdenträger in der Schweiz: Die höchste protokollarische Visite ist der Staatsbesuch: Bundesrat und Bundeskanzler empfangen den Staatsgast mit militärischen Ehren auf dem Bundesplatz. Der Besuch eines Staatsoberhauptes beschränkt sich auf Gespräche mit einer Bundesratsdelegation auf dem Landsitz Lohn in Kehr- satz. Weitere Kategorien sind der Besuch eines Regierungsglieds sowie ein offizieller Arbeitsbesuch. Ein Höflichkeitsbesuch beschränkt sich auf maximal 30 Minuten. Ein Treffen zwischen Berset und Trump in Davos aber wäre bloss «eine Begegnung im Rahmen einer privaten Initiative (WEF)», teilt das EDA mit.

Schneider: «Vor allem in Wirtschaftsfragen pflegen wir wichtige Dossiers mit den USA», sagt sie. So betreffe der wirtschaftliche Protektionismus der Trump-Administration bei der WTO oder die US-Steuerreform die Schweiz sehr direkt. Statt Bundespräsident Alain Berset sollten Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und allenfalls Finanzminister Ueli Maurer im Zentrum des Besuchs stehen.» Als bisher einziger US-Präsident besuchte Bill Clinton im Jahr 2000 das WEF in Davos. Er wurde vom damaligen Bundespräsidenten Adolf Ogi empfangen. Gegenüber dem Online-Portal watson.ch gab Ogi seinem Nachfolger Ratschläge, wie er die Aufmerksamkeit des hohen Gasts erheischen kann: Entscheidend sei der richtige Gesprächseinstieg, genauso wie Mimik und Gestik, meint er. «Wenn sich das Gegenüber nach einer Minute langweilt, habe man schon verloren.»

Derweil dürfte einmal mehr die Bundesstadt Bern den Preis für den hohen Besuch aus Übersee bezahlen: Bereits für morgen rufen die WEF-Gegner zu einer unbewilligten Demonstration gegen den Trump-Besuch auf. Gerechnet werde mit mehreren hundert Demonstranten. «Es müsse von einem hohen Gewaltpotential ausgegangen werden», so die Behörden.